

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1951

107 (8.5.1951)



NEUESTE NACHRICHTEN

Bonn lehnt zusätzliche Kohlenausfuhr ab

Inländische Brennstoffversorgung spitzt sich zu

Düsseldorf (AP/dpa). Die Bundesregierung hat sich in einem Schreiben an die Internationale Ruhrbehörde in Düsseldorf außerstande erklärt, einen Beitrag zur Abdeckung des Kohlenbedarfs von 246 000 Tonnen Kohle in den europäischen Ländern zu leisten. Das europäische Kohlenamt (ECE) hatte die Bundesregierung außerdem noch gebeten, über ihre Exportquote hinaus 45 000 Tonnen Koks-Steinkohle nach Belgien als Vorausleistung auf das dritte Quartal auszuführen. Hierzu hat Bonn noch keine Stellung genommen.

Die deutsche Delegation der Internationalen Ruhrbehörde hat jedoch zu verstehen gegeben, daß die Bundesregierung auch zu einer derartigen Vorausleistung nicht in der Lage sei. Der Generalsekretär der Ruhrbehörde wurde beauftragt, dem Kohlenamt mitzuteilen, daß Vorausleistungen nur erfolgen sollen, wenn alle zuständigen Stellen, darunter auch die deutsche Bundesregierung einverstanden sind.

Bundesbahn hat wenig Kohle auf Lager
In dem ablehnenden Schreiben an die Ruhrbehörde führte die Bundesregierung des wei-

teren aus, daß sie bereits gegen die Festsetzung der Kohlenausfuhrquote auf 6,2 Millionen Tonnen für das zweite Quartal gestimmt habe. Sie könne einer Kohlenausfuhr über diese Quote hinaus um so weniger zustimmen, als sich die inländische Brennstoffversorgung weiter zuspitzt und der Lagerbestand insbesondere bei der Bundesbahn in den letzten Wochen erheblich abgenommen habe.

Die Ablehnung der Bundesregierung bezieht sich auf eine Anfrage der Genfer UN-Wirtschaftskommission, welche über die Hohe Kom-

mission gestellt war, ob sie sich an einer Deckung des dringenden Kohlenbedarfs von 246 000 Tonnen innerhalb eines europäischen Gesamtjahresdefizits in Höhe von 6 bis 7 Millionen Tonnen Kohle im zweiten Quartal beteiligen könne.

DGB billigt Schumanplan mit Vorbehalt

Frankfurt/Main (dpa). Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes billigte am Montag in Frankfurt nach neunstündiger Beratung den Schumanplan mit Vorbehalten. Der DGB will sich dafür einsetzen, daß vor Ratifizierung des Vertrages eine Kommission eingesetzt wird, die unverzüglich eine Regelung des Kohlenabsatzes vorschlägt, die den deutschen wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht wird. Ebenfalls mußte auf dem Gebiet der Stahlerzeugung jede Beschränkung fallen und die Neuordnung nach dem alliierten Gesetz Nr. 27 müßte im Geiste der Präambel des Schumanplanes erfolgen.

Schüler im Sitzungssaal

Bonn (AP). Der Plenarsaal des Bundestags bot gestern morgen ein recht ungewöhnliches Bild. Etwa 500 Schüler und Schülerinnen der Oberklassen der Bonner Schulen hatten in Begleitung ihrer Lehrer die Plätze der Bundestagsabgeordneten eingenommen und hörten dem Bundesfinanzminister Schäffer zu, der zu ihnen über seine Aufgabe als „Hausmutter, die das Wirtschaftsgeld verwaltet“, sprach.

Er führte seinen jungen Zuhörern vor Augen, daß die Summe der Ausgaben für Linderung der sozialen Not und die Besatzungskosten mehr ausmachten als die gesamten Einnahmen. „Der Finanzminister darf nicht dem das meiste geben, der zuerst kommt und am lautesten ruft. Er darf sich nie einem politischen Druck unterwerfen, denn er steht unter dem besonderen Gesetz der Zahlen.“ Zu den Verteidigungsanforderungen sagte Schäffer: „Es ist leichter, heute Opfer an Geld zu bringen, als morgen den Sohn auf einem neuen Schlachtfeld zu opfern.“

Verwaltungsabbau in Würt.-Baden

Stuttgart (BNN). In Württemberg-Baden wird nach einem Beschluß der Landesregierung das Wirtschaftsministerium um 61 Stellen, das Landwirtschaftsministerium um 54 Stellen und das Arbeitsministerium um 22 Stellen vermindert. Auch in der Inneren Verwaltung sollen eine ganze Reihe von Personalstellen wegfallen.

Meißner Gruppe II

München (AP). Der ehemalige Staatsminister Otto Meißner ist von der Hauptprüfkammer München im schriftlichen Verfahren in die Gruppe II der Belasteten eingestuft worden.

Der Spruch, der dem 71-jährigen, in Neuhaus bei Schliersee lebenden ehemaligen Chef der Präsidentskanzlei unter Ebert, Hindenburg und Hitler am Montag schriftlich zugestellt wurde, lautet auf ein Jahr Sonderarbeit und 30 prozentigen Vermögensseizung. Die Sonderarbeit gilt mit der nach dem Kriege erlittenen Haftstrafe als verbüßt. Die Verfahrenskosten betragen 36 000 DM.

Büroscheck wird zum Kirchenscheck

Hertford (dpa). Der berüchtigte Hertforder „Büroscheck“ setzte seine Einbruchserie fort. Er drang in eine Kirche ein, nachdem er in den vergangenen Nächten die protestantischen und katholischen Gemeindehäuser der Stadt heimgesucht hatte.

Islands Verteidigung von US-Streitkräften übernommen

Reykjavik (AP). Streitkräfte der Vereinigten Staaten sind am Montagmorgen auf Island eingetroffen, die Verteidigung der Insel zu übernehmen.

Schweres Erdbeben in San Salvador

El Salvador (AP). Ein schweres Erdbeben hat am Sonntag die Städte Jucupa und Chinameca in San Salvador erschüttert. Mindestens 200 Personen sollen nach ersten Berichten den Tod gefunden haben. Viele Häuser und öffentliche Gebäude wurden zerstört.

Bei einem in der Nähe von Albuquerque (Neumexiko) am Sonntag erfolgten Absturz einer sechsmotorigen Superfestung sind insgesamt 23 Mann ums Leben gekommen. Zwei Tote und fünf Verletzte gab es bei den italienischen Motorradmeisterschaften in Ferrara, als ein Fahrer ins Schleudern kam, stürzte und sechs hinter ihm folgende Fahrer in ihn hineinfielen und ebenfalls stürzten, wobei eine Maschine in Brand geriet und die abgrenzenden Strohmatte in Brand steckte. Bei Rotterdam geriet ein Reiseomnibus ins Schleudern und stürzte einen Abhang hinab in einen Fluß, wobei sechs Personen ertranken.

Geschenke für Ägyptens Königin

Kairo (AP). In ganz Ägypten waren am Montag die Behörden, Banken und die meisten Betriebe geschlossen. Der „Blaue Montag“ nach der Königshochzeit wurde als Staatsfeiertag begangen. Am Montagvormittag überreichten die diplomatischen Vertreter des Auslandes die Hochzeitsgeschenke ihrer Regierungen. Das diplomatische Korps hat als gemeinsames Geschenk für König Faruk und seine jugendliche Königin Narriman einen goldenen Teller mit eingeleigten Brillanten gewählt. Massives Gold, Silber und kostbare Juwelen überwiegen auch sonst.

König Abdullah von Jordanien schickte eine 12-teilige goldene Toilettegarntur mit Edelsteinbesatz u. zwei goldene Armluchter, das ägyptische Kabinett überreichte ein goldenes Tablett mit goldenen Bechern mit Diamantbesatz. Besonders kostbar war ein reingoldenes Teeservice, das unbekannter Herkunft ist und zuerst irrtümlich der britischen Regierung zugeschrieben worden war. König Georg von Großbritannien war aber mit einem antiken silbernen Tintenfaß etwas bescheidener. Präsident Truman hatte für die Vereinigten Staaten vier wertvolle Kristallvasen von 35 cm Höhe gesandt.

Über eine Million Ägypter hatten am Sonntagnachmittag in den festlich geschmückten Straßen Kairo ihrer 17-jährigen Königin Narriman den traditionellen Brautgruß „Zagalet“ zugerufen, als sie in einem schwarz-roten Rolls-Royce in den Abdinpalast fuhr.

Während von der alten Zitadelle ein Ehrensalut von 101 Schüssen über die Stadt klang, entstieg die Königin vor dem Palast ihrem Wagen. Ganz in weiß gekleidet, schritt sie dem König entgegen, der sie in den Thronsaal führte, wo sodann der erste Empfang für die königliche Familie und die Frauen der ausländischen Diplomaten und der höchsten ägyptischen Beamten stattfand.

Königin Narriman trug ein Pariser Atlaskleid mit einem aus Silberfäden gestickten Heckenrosenmuster, dessen fünf Meter lange Schleppe von vier jungen Mädchen der ersten Familien des Landes getragen wurde.



Die beiden Kandidaten für die österreichische Bundespräsidentenwahl. Bild links: Der im 78. Lebensjahr stehende Kandidat der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und gegenwärtige Bürgermeister der Stadt Wien, General a. D. Dr. h. c. Theodor Körner. Bild rechts: Dr. Gleißner, Kandidat der Österreichischen Volkspartei, ist Landeshauptmann von Oberösterreich.

Remer zieht einen Gedankenstrich

F.L. Die Nachfahren Widukinds, jenes Sachsenherzogs und bekannenen Gegners Karls d. Gr., bei dem man sich bis heute weder über die Rechtschreibung seines Namens noch über seine gute oder schlechte Bedeutung in der deutschen Geschichte einig geworden ist, haben auch der Bundesrepublik eine harte Nuß zum Knacken aufgegeben.

In verschiedenen Wahlkreisen, so in Ostfriesland und in der Lüneburger Heide, allgemein gesprochen im nördlichen Niedersachsen, wurde am vergangenen Sonntag mit der Sozialistischen Reichspartei eine politische Richtung stark, die in einem so schroffen Gegensatz zu der bisher geübten und anerkannten Politik in Westdeutschland steht, daß die Bundesregierung sich gezwungen sah, deren Ordner, die sogenannte Reichsfront, als eine SA-ähnliche Einrichtung zu verbieten und daß sie die Partei beim Bundesverfassungsgericht wegen Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz verklagen will.

Mustert man die Zahlen, die sich bei diesen Landtagswahlen ergaben, so zeigt sich eigentlich nichts besonders Erstaunliches. Wohl haben es die Remer und Doris verstanden, 11% derjenigen, die zur Wahl gingen, für sich zu gewinnen. Das ist natürlich bedeutsam und etwas ganz Außerordentliches, wenn man damit die letzten Landtagswahlen von 1947 vergleicht, bei denen es mit der Deutschen Partei, einer, wie sich später durch deren Beteiligung an der Regierung in Bonn herausstellte, durchaus demokratischen Partei, nach rechts hin aufhörte. Zieht man aber die Bundestagswahl von 1949 zum Vergleich heran, so ergibt sich, daß damals schon die sogenannte Deutsche Reichspartei aufgetreten war, die den Dr. Doris in den Bundestag entsandt hatte und 8,1% der Stimmen auf sich vereinigte. Diese Partei ist diesmal zu einem Nichts zusammengeschrumpft. Doris nahm die Wähler mit in die SRP hinüber und hat noch 3% dazugewonnen. Das ist an sich wirklich nichts Besonderes und bleibt weit hinter dem zurück, was seine Propagandisten voraussagten.

Wenn wir ganz grob rechnen, so können wir sagen, die alten Parteien, SPD, CDU und DP, haben 24% am Stimmenanteil verloren, verglichen mit der früheren Landtagswahl und die neuen Parteien, BHE und SRP, haben, bei Selbstbehauptung der FDP, 26% der Stimmen derjenigen erhalten, die am letzten Sonntag zur Wahl gingen. Verlust und Gewinn der alten und der neuen Parteien gleichen sich also bezüglich der genannten Parteien auf diese Weise aus, wobei allerdings für die ersten erschwert ins Gewicht fällt, daß die Wahlbeteiligung diesmal höher war als 1947 und daß rund eine halbe Million mehr Wahlberechtigte vorhanden waren.

Bezüglich des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) sorgt sich niemand, was die Verfassung anbelangt. Er hat in Schleswig-Holstein gezeigt, daß er nüchterne und demokratische Politik treibt und in Hannover spricht man sogar von der Möglichkeit einer Koalition zwischen SPD und BHE.

Aber die SRP macht Sorgen. Die 366 790 Stimmen, die die Doris und Remer erhielten, lassen nachdenken. Es ist das bezüglich der Innenpolitik unserer Gegenwart so, wie wenn jemand einen Brief schreibt, der bisher gut voranging, wobei aber auf einmal der Fluß der Gedanken stockt, der Briefschreiber nachdenklich wird und seine Feder deshalb, um das dem Empfänger mitzuteilen, einen Gedankenstrich zieht.

Einen solchen Gedankenstrich machte die Landtagswahl vom vergangenen Sonntag. Sie wird im Inland und vielleicht noch stärker im Ausland beachtet.

Man weiß alles, was zum Verständnis dieses Interpunktionszeichens notwendig ist. Niedersachsen ist sehr stark mit Vertriebenen angefüllt. Es wurde durch die Demontagen aufgewühlt. Im Wahlkreis Wolfsburg, zu dem das Volkswagenwerk gehört, hat sich eine starke Domäne des Rechtsradikalismus gebildet. Dort ist auch zum erstmaligen wieder die schwarz-weiß-rote Fahne aufgetaucht.

Nun trifft vieles davon auch für Schleswig-Holstein zu und trotzdem ist dort Hedler, den

man wohl den ersten Neufaschisten der Bundesrepublik nennt, kein bedeutender Mann geworden. Weshalb Doris und Remer? Und weshalb bei den Niedersachsen, denen man von Widukind her zwar viel Rebellentum nachsagt, die aber doch sicherlich nicht in den Nationalsozialismus verarmt sind? Und weshalb gerade in ländlichen Wahlkreisen, die doch sonst zum Unterschied von den Städten kein Nährboden für Radikalismus sind?

Man wird die Dinge nicht nur im Persönlichen und Zufälligen sehen dürfen. Wenn über eine Viertelmillion Wähler zwei so ausgefallenen Politiker wie Doris und Remer nachlaufen, die der alten NSDAP die uns überdrüssig gewordenen Propagandatricks abgelauscht haben, dann kann man fast nicht mehr annehmen, daß es sich nur um politische Narren handelt, sondern daß etwas Ernsthaftes dahintersteckt. Ist da etwas faul im Staate Niedersachsen?, möchten wir mit Hamlet fragen.

Wir dürfen nicht mehr so naiv sein, wie vor 1933 und eine politische Erscheinung damit abtun, daß uns ihre Führer nicht imponieren. Es könnte auch diesmal sehr wohl sein, daß anmaßende, dumme und verbrecherische Politiker vorhandene Mißstände benützen, indem sie im Gegensatz zu den Berufenen diese aufdecken und durch die dadurch entzündete berechtigte Kritik ihre demagogischen, volksverhetzenden Kunststücke vollbringen. Fragen wir uns: Ist unsere öffentliche Meinung schon so demokratisch, daß auch die jetzt Regierenden es ertragen, wenn Mißstände öffentlich aufgedeckt und gebrandmarkt werden? Werden sie dann aber auch beseitigt?

Von der Beantwortung dieser Fragen hängt das Schicksal der Demokratie von 1951 ab und mit dem Ja und dem Nein dazu sind Aufstieg, Größe und Verfall der radikalen Bewegungen verbunden. Dabei ist Niedersachsen nur ein Gedankenstrich; aber einer, der es wert wäre, daß man sich auch wirklich darüber Gedanken macht.

Neues in Kürze

Moskau (AP). Die Sowjetunion hat am Montag eine Tagung des Außenministeriums im Juni oder Juli zur Ausarbeitung eines Friedensvertrages für Japan vorgeschlagen. An der Sitzung sollen die Außenminister der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Chinas und Großbritanniens teilnehmen.

München (dpa). Der erste Maisonntag stand in Bayern auch in diesem Jahr im Zeichen des Festes der „Patrona Bavariae“, eines Marienfestes, das auf Kurfürst Maximilian I. zurückgeht und das 1917 von König Ludwig III. offiziell eingeführt wurde.

Stuttgart (BNN). Die württemberg-badische Regierung beschloß, allen Versorgungsempfängern, die im Landesdienst standen und nun im Ruhestand leben ab 1. Mai eine Teuerungszulage in Höhe von monatlich 20 DM zu gewähren, sofern der monatliche Versorgungsbetrag die Pensionsgrenze von 450 DM nicht überschreitet. Das gilt auch für Wartgeldempfänger und für versorgungsberechtigte Hinterbliebene. Der Landtag muß dem noch zustimmen.

Bonn (AP). Der Bund der Steuerzahler wendet sich gegen die Fortsetzung der sogenannten „Barrequisitionen“ durch zwei der alliierten Besatzungsmächte. Man habe erfahren, daß aus ihnen ein monatlicher Unterhaltsbeitrag für Familienmitglieder von Besatzungsgenossen in Höhe von 200 DM pro Kopf bestritten werde.

Bonn (Dr. A. R.). Der interministerielle Ausschuß für das wirtschaftspolitische Programm der Bundesregierung beriet gestern die Vorlagen, welche das Kabinett heute verabschieden soll. Es handelt sich dabei u. a. um die Zahlung eines Ausgleichsbetrages für Brot, Milch und Margarine an die Rentner und um die Sonderumsatzsteuer.

Wahlinteresse war in Niedersachsen stark

Hannover (AP/dpa). Wie bereits in einem Teil der Auflage gemeldet, brachten die Landtagswahlen in Niedersachsen am vergangenen Sonntag folgendes Ergebnis: (in Klammern die Vergleichsergebnisse der Landtagswahlen von 1947):

Wahlberechtigte: 4 469 958 (3 956 845); abgegebene Stimmen: 3 393 698 = 75,9% (2 576 368 = 65,1%).

Die SPD blieb die stärkste Partei. Sie erhielt 1 123 068 Stimmen = 33,7% (1 068 370 = 43,4%). Die CDU und die DP hatten sich vereint in der Niedersächsischen Union und erhielten 790 923 Stimmen = 23,8% (929 798 = 37,8%). Die FDP konnte mit 278 269 = 8,4% (215 815 = 8,8 Prozent) ihre Stimmzahl vergrößern. Die KPD wurde zusammengeschlagen. Sie erhielt 61 371 = 1,8% (138 977 = 5,6%). Zentrum 110 343 = 3,3% (101 283 = 4,1%). Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, der zum erstmaligen auftrat, bekam 496 269 Stimmen = 14,9%. Neu in Erscheinung getreten ist auch die Sozialistische Reichspartei (SRP), die Partei von Doris und Remer. Sie erhielt 366 790 Stimmen = 11%. Die Deutsche Reichspartei, die noch bei der Bundestagswahl in Niedersachsen 8,1% der Stimmen auf sich vereinigte, erhielt nur noch 74 108 Stimmen. Die übrigen Parteien sind unter 1% Stimmanteil geblieben.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: SPD 64 (64) CDU/DP 35 (58), BHE 31, SRP 16, FDP 12 (13), Zentrum 4 (6), DRP 3, KPD 2 (8); die DSP, die Partei Gereckes, erhielt 1 Mandat.

Der neue Landtag zählt 158 Abgeordnete; im alten waren es 150. Die Wahlbeteiligung war

Chinesischer Rückzug im Mittelabschnitt

Tokio (AP). Die alliierten Streitkräfte in Korea sind am Montag gegen schwachen feindlichen Widerstand auf beiden Seiten der bisherigen kommunistischen Angriffsfront weiter langsam nach Norden vorgestoßen.

Aus dem Mittelabschnitt der Front haben sich die Chinesen und Nordkoreaner anscheinend völlig zurückgezogen.

Marshall warnt das kommunistische China
Der amerikanische Verteidigungsminister Marshall erklärte am Montag, die USA-Luft- und Seestreitkräfte würden Ziele im kommunistischen China angreifen, falls die Chinesen zu Angriffshandlungen gegen irgendwelche unserer Streitkräfte außerhalb Koreas übergehen sollten. Marshall fügte hinzu, es seien Vorbereitungen für eine Seeblockade Peking-Chinas getroffen worden.

Marshall nahm am Montag als erster Sprecher der USA-Regierung vor dem Senat Stellung zu den Darlegungen General MacArthurs.

Zum Tage

Totes Rennen in Österreich

Die österreichischen Präsidentschaftswahlen des Sonntag endeten im toten Rennen zwischen dem Kandidaten der Österreichischen Volkspartei, dem Landeshaupmann von Oberösterreich, Dr. Heinrich Gleißner und dem Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, dem Oberbürgermeister von Wien, Dr. h. c. Theodor Körner. Die Wahl muß wiederholt werden, weil keiner der beiden die absolute Mehrheit gewann; wahrscheinlich wird das am 27. Juni sein. Der unentschiedene Ausgang war durch die Kandidatur des Innsbrucker Chirurgen, Professor Dr. Burghard Breilner, bedingt, der vom Verband der Unabhängigen unterstützt wurde. Letzterer entspricht in etwa dem DG/BHE in Westdeutschland, Gleißner, der „politische Herzensbrecher“ Österreichs, ist ein auffälliger Mann, der eine erfolgreiche Laufbahn in der Verwaltung hatte. Er wurde unter Hitler zweimal eingesperrt und während des Krieges Fabrikarbeiter in Berlin. Körner, ein Nachkomme des Dichters, war im ersten Weltkrieg General und verzichtete nach St. Germain auf Orden und Adel. Er ist jetzt 78 Jahre alt und hat besonders gute Erfahrungen im Umgang mit Russen — in der Situation Österreichs ein nicht unwesentliches Plus. Bei der Stichwahl entscheidet schon die relative Mehrheit. So rechnen die Österreicher damit, daß Gleißner das Rennen machen wird. h. b.

Unrecht am Wähler

Der Kultus- und Justizminister im bisherigen Kabinett von Rheinland-Pfalz, Dr. Süsterhenn, war bei den vor kurzem durchgeführten Landtagswahlen gewählt worden. Jetzt hat der Minister mitgeteilt, daß er das errungene Mandat nicht annehme, und daß er außerdem seine Landesparteileitung gebeten habe, ihm im künftigen Kabinett nicht wieder einen Ministerposten zu übertragen. Er wolle sich stärker als bisher mit staatsrechtlichen Verwaltungsaufgaben befassen, da er auf einstimmigen Beschluß des Ministerrates zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes und zum Vorsitzenden des Verfassungsgerichtshofes von Rheinland-Pfalz ernannt worden sei. Selbstverständlich muß es einem Abgeordneten nach der Wahl freigestellt sein, sein Mandat abzulehnen, sofern er dafür triftige Gründe hat, die sich erst nach seiner Wahl ergeben haben. Aber im Falle Süsterhenn liegen die Dinge doch etwas anders. Zweifellos hat der bisherige Minister von Anfang an gewußt, daß er das Mandat im Falle seiner Wahl nicht annehmen wird und trotzdem hat er sich als Spitzenkandidat aufstellen lassen, sicher in der Erwartung, seiner Partei durch seinen Namen eine größere Anzahl Stimmen zu gewinnen, als das ein Kandidat mit einem weniger zugänglichen Namen vermocht hätte. Parteitaktisch mag dieses Verhalten verständlich sein, aber den Wählern gegenüber war es ein ausgesprochenes Unrecht. Viele von ihnen haben sicherlich der Parteiliste nur deshalb ihre Stimme gegeben, weil an erster Stelle der Name Süsterhenn stand, der für sie durch die langjährige Ministerstätigkeit ein bestimmter Begriff geworden war und dem sie nun ihr erneutes Vertrauen aussprechen wollten. Jetzt müssen sie erkennen, daß sie in Wirklichkeit irgend einem anderen Kandidaten, der ihnen möglicherweise sogar vollständig gleichgültig ist, zu einem Sitz verholfen haben. Es ist für die demokratische Entwicklung unseres Volkes nicht gut, wenn die Wähler immer wieder erkennen müssen, daß in der Politik wahl-taktische Gründe eine so große Rolle spielen. o. h.

Umwandlung des Besatzungsstatuts

Noch ist nicht einmal eine Woche vergangen, seit die Bundesrepublik als vollberechtigtes Mitglied in den Europarat aufgenommen wurde, da kündigt das Bundeskanzleramt deutsch-alliierte Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts durch einen Vertrag an, der wesentlich entscheidender als der Straßburger Entschluß zur vollberechtigten Eingliederung der Bundesrepublik in den Kreis der freien Völker beitragen wird. Ja, es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man ein solches Abkommen an dessen Zustandekommen nicht zu zweifeln ist, als die letzte große Etappe vor dem endgültigen Friedensschluß bezeichnet. Ohne Zweifel schafft das anstrebt Übereinkommen eine neue Situation, wobei die juristischen Festlegungen nicht immer einfach sein dürften, wenn man bedenkt, daß der Krieg nur de facto beendet ist. Aber darüber sollen sich die Fachleute den Kopf zerbrechen. Für uns ist entscheidend, daß das diktierte, also einseitige und unser Grundgesetz beschneidende Besatzungsstatut durch einen zweiseitigen Vertrag abgelöst wird. Bei den Verhandlungen die wegen des Umfangs der Materie längere Zeit in Anspruch nehmen dürften, stehen drei Fragenkomplexe im Vordergrund: 1. Der Abschluß eines militärischen Schutzvertrages, der die Anwesenheit und die Rechte der auf deutschem Boden stationierten alliierten Truppen festlegt. 2. Eine vertragliche Festsetzung der Sicherheitskosten, die der deutsche Partner aufzubringen hat. (Das bisherige System der Besatzungskosten würde danach durch ein gemeinsames Budget der Sicherheitskosten ersetzt, wobei der finanzielle Beitrag gemeinsam festgesetzt wird.) 3. Die Umwandlung des Status der alliierten Hohen Kommission in ein Statut des Rates der Botschafter. Demnach bleiben also lediglich jene Komplexe ausgenommen, die nur durch einen Friedensvertrag geregelt werden können: In erster Linie die deutschen Grenzprobleme und die endgültige Entscheidung über die Saar.

Nach den beiden vorausgegangenen Artikeln in Nr. 77 und Nr. 90 der BNN wird hiermit eine letzte, diesen äußerst wichtigen Fragenbereich abschließende Darstellung von dem bekannten Kenner der Materie, der bei den Ausschulberatungen maßgebend beteiligt war, gegeben.

Wer das Werden und die Vollendung des Gesetzes zu Artikel 131 aufmerksam verfolgt hat, konnte einige neuralgische Punkte erkennen, die besonders in der Abschlußphase zu heftigen parlamentarischen Kämpfen führten. Der umstrittenste Punkt von allen liegt wohl im § 14 Abs. 2. Er hat seine besondere Bedeutung darin, daß hier die ursprüngliche Absicht der Regierung, einen größeren Teil der Kosten dieses Gesetzes anders zu finanzieren als aus eigenen Mitteln, als Restbestand diese Absicht noch deutlich zu erkennen ist.

Zwanzig Prozent sind mit 131ern zu besetzen. Es handelt sich um Ausgleichsbeiträge, die von Ländern, Gemeinden und anderen Dienstherren zu leisten sind. Bekanntlich ist im Gesetz vorgeschrieben, daß jeder Diensther 20 v. H. seines Besoldungsaufwandes und seiner Planstellen mit 131ern zu besetzen hat. Ist dieses Soll noch nicht erfüllt, so ist vom fehlenden Soll ein Viertel des Unterschieds-Besoldungsaufwandes an den Bund abzuführen. Obwohl

in der Hauptsache eine Finanzmaßnahme ist, wurde von seiten der beteiligten Gruppen immer wieder betont, es handle sich hier um ein Druckmittel, ohne welches die Unterbringung gefährdet erscheint. Dagegen wird gehalten, daß die Unterbringung in klaren Muß-Vorschriften gesichert ist. Wird auch nur eine Stelle fehlbesetzt, so muß in diesem Falle 100%, also der volle Besoldungsaufwand dieser Planstelle solange an den Bund abgeführt werden, bis das gesamte Soll erfüllt ist. Da neben der obersten Dienstbehörde die Rechnungsprüfungsbehörden mit der strengen Überwachung beauftragt sind und außerdem zu erwarten ist, daß die Verbände dieser Personenkreise bis in die Amtsstuben der kommunalen Verwaltungen hinein eine scharfe Aufsicht üben werden, erscheint jedem, der noch an die Durchführung von Gesetzen überhaupt glaubt, diese unbedingt gesichert. Sicher ist aber, daß diese Ausgleichsbeiträge eine sehr schwere Belastung der Selbstverwaltungskörper darstellen. Außerdem bedeuten sie eine Strafe für die Vergangenheit, die sehr viel Unschuldige mit den wenigen Schuldigen trifft.

Da im Gesetz vorgesehen ist, daß jede freierwerbende oder neu geschaffene Planstelle nach einem bestimmten Schlüssel und vorwiegend von 131ern besetzt werden muß, kann man sich

kaum vorstellen, daß darüber hinaus die Selbstverwaltungskörper in der Lage sind, sich von der Last dieses allgemeinen Ausgleichsbeitrages zu befreien. Wollten sie sich auf einmal dieser Last entledigen, so könnte das nur durch Massenentlassungen von anderen Beamten und Angestellten erfolgen oder es müßten für das fehlende Soll neue Stellen eingerichtet werden. Diese aber würden mit dem Vierfachen des Ausgleichsbetrages den Etat belasten. Es ist auch die Befürchtung nicht unbegründet, daß die Selbstverwaltungskörper im Interesse eines ausgeglichenen Etats dafür Einsparungen an anderen Stellen vornehmen müssen. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß diese Einsparungen besonders bei jenen Ausgabenposten erfolgen könnten, die den anderen Geschädigten (Heimatvertriebene, die keine öffentlich Bedienstete sind) zugute kommen sollen.

Keine Gruppen gegeneinander ausspielen

Da nun die verdrängten und vertriebenen öffentlichen Bediensteten nur einen Bruchteil der Millionen von Geschädigten sind, ergäben sich hier unüberbrückbare Spannungen. Im Kampf um die Gleichberechtigung der Verdrängten mit den Heimatvertriebenen wurde vielfach der Versuch zurückgewiesen, diese kleine Gruppe der Heimatvertriebenen (öffentlicher Dienst) gegen die vielfach größere Zahl der anderen Heimatvertriebenen auszuspielen. Das geschah immer mit dem Hinweis darauf, daß hier nur der Vergleich zwischen zwei Gruppen von öffentlich Bediensteten zu erfolgen (Heimatvertriebene und Heimatverbliebene) habe. Bei diesem Ausgleichsbeitrag muß aber doch der erste Vergleich in Betracht gezogen werden.

Das waren die Hauptgesichtspunkte, die bei der 2. und 3. Lesung im Bundestag in harten Redeschlachten angeführt wurden. In der 2. Lesung gelang es, im Wege der Auszählung der Stimmen (Hammelsprung), mit einer kleinen Mehrheit diesen Ausgleichsbeitrag aus dem Gesetz zu entfernen. Für die 3. Lesung aber hätte die Regierung ihre Parteien stark unter Druck gesetzt und jene Mitglieder der Regierungsparteien, die bei der 2. Lesung für die Streichung stimmten, waren bei der letzten Abstimmung

Wettfahrt mit dem Tode

Kopenhagen (AP). Die dänische Staatsbahn gestattete Lokomotivführer A. Svendsen mit einer Maschine sofort nach Kopenhagen zu fahren, als ihn die Nachricht erreichte, daß seine Frau im Sterben liege. Die Zugleitung hielt ihm die Strecke frei. Als er im Krankenhaus eintraf, war seine Frau wenige Minuten vorher verschieden.

nicht anwesend. So wurde der Ausgleichsbeitrag in der Endabstimmung wieder aufgenommen, und das Gesetz ging in dieser Form an den Bundesrat.

Am 26. 4. 51 hatte diese zweite gesetzgebende Körperschaft die Entscheidung zu fällen, ob sie sich mit der letzten Fassung des Gesetzes abfindet oder den Vermittlungsausschuß anruft. Nach langen Erwägungen, wie diese unglückliche Bestimmung eliminiert werden könnte, erfolgte die Abstimmung, die mit der ganz knappen Mehrheit von 21:18 auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses verzichtete.

Es geschah unter dem Gesichtspunkt, daß der Bundesrat nicht die Verantwortung dafür übernehmen wollte, die geschädigten Gruppen noch länger auf die Durchführung dieses Gesetzes warten zu lassen. Ebenso eindeutig aber war die geschlossene Meinung aller, daß kein Mittel unversucht bleiben darf, die Auswirkungen dieser Bestimmung im § 14 Abs. 2 zu beseitigen.

Daraus kann wohl der Schluß gezogen werden, daß die Mehrheit des Bundestages nicht gut beraten war, diesen Absatz 2 wieder einzufügen. Es dürfte nicht zu vermeiden sein, daß einzelne Gemeinden oder Länder aus diesem Grunde beim Verfassungsgericht gegen das Gesetz Einspruch erheben, was an sich wieder eine große Gefahr für die klare Durchführung bedeutet. Was mir besonders bedenklich erscheint, sind die psychologischen Auswirkungen, die ganz gewiß weder der Unterbringung fördlich sein können noch eine reibungslose Eingliederung dieses Personenkreises gewährleisten werden.

Die 131er sollten nicht länger warten müssen

Der Bund hat den größten Teil der Kosten abgewälzt

Von Oskar Matzner, MdB.

Man wollte kein Aufsehen erregen

Ministerialbeamte werden im Bürklefall vernommen

Drahtbericht unserer Stuttgarter Redaktion

Stuttgart (Nü). Der Untersuchungsausschuß im Kreditfall Bürkle vernahm in seiner gestrigen Sitzung als Zeugen Ministerialdirektor Dr. Kiefer, Ministerialrat Dr. Schöneck, beide vom Innenministerium, sowie den ehemaligen Treuhänder, Direktor Raach, und die ehemalige Sekretärin Bürkles, Frau Zanke. Art und Grenzen der Staatsaufsicht gegenüber Sparkassen, diese Frage sollte insbesondere die Vernehmung der Ministerialbeamten auf.

Dr. Kiefer konnte sich nicht ganz von dem Verdacht befreien, Innenminister Ulrich nicht rechtzeitig von der katastrophalen Entwicklung des Kreditfalls Bürkle unterrichtet zu haben. Es hatte keine Aussprache zwischen Dr. Kiefer und dem Innenminister stattgefunden. Während Ministerialrat Schöneck noch einmal darauf hinwies, daß er entschieden damals seine Bedenken gegen Direktor Lämmle und seinen Stellvertreter Richter geäußert habe, betonte Dr. Kiefer, daß für das Ministerium als dem lediglich die Rechtsaufsicht ausübenden Organ nur zur Debatte gestanden habe, ob die Girokasse im Zusammenhang mit den Bürkle gewährten Krediten den entsprechenden Paragraphen des Sparkassengesetzes verletzt habe oder nicht. Da das Geschehen sei habe das Ministerium die Girokasse aufgefordert, alles zu tun, was notwendig sei, um die Gesetzesübertretung aus der Welt zu schaffen. Mittel und Wege zu finden, blieb Aufgabe der Girokasse.

Man habe sich seitens der Kasse damit einverstanden erklärt, die Kredite, wie am 19. Jan. 1950 vereinbart, zu stoppen. Aber dieser Beschluß sei nicht eingehalten worden. Es wurden weitere Kredite gegeben, obwohl der Verwaltungsrat ausdrücklich das Gegenteil beschlossen hatte. Für diese Handlungsweise aber trügen allein die Herren Direktoren und die Mitglieder des Verwaltungsrates die Verantwortung. Von

ministerieller Seite habe man eine Sequestration damals abgelehnt, weil man die Geschäfte langsam auslaufen lassen wollte, um in der Öffentlichkeit kein Aufsehen zu erregen.

Die Sekretärin sprach vorher mit Bürkle

Frau Zanke, Bürkles ehemalige Sekretärin, die sich häufig widersprach und nur in den seltensten Fällen präzise Antworten auf die ihr gestellten Fragen geben konnte, schilderte Bürkle als einen Menschen, der zu überzeugen verstand. Sie habe den Eindruck gehabt, daß die Verantwortlichen der Girokasse begeistert mit Bürkle zusammengearbeitet hätten. Auf die Frage, wie es überhaupt möglich war, daß ein Mann wie Bürkle einen derart hohen Kredit bekommen konnte, wie er keinem anderen je gewährt wurde, brachte die Vernehmung keine positiven Bescheid. Irgendwelchen Drahtziehern im Hintergrund war durch Frau Zankes Äußerungen nicht auf die Spur zu kommen. Die Tatsache, daß die Zeugin vor ihrer Vernehmung Bürkle getroffen hatte — rein zufällig, wie sie versicherte —, läßt den Verdacht zu, daß sich beide vorher ausgesprochen hätten.

Bürkle soll gelogen haben

Direktor Raach, ehemaliger Treuhänder Bürkles, versicherte in seiner Vernehmung, an dem Abkommen zwischen der Stadt Stuttgart und Bürkle „nicht im geringsten mitgewirkt und keine Vorschläge gemacht zu haben“. Bürkle habe in seinen zu Protokoll gegebenen Aussagen die Unwahrheit gesagt. Er, Raach, sei froh, daß endlich die Staatsanwaltschaft Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung im Kreditfall Bürkle gestellt habe.

Die Montagsitzung des Untersuchungsausschusses brachte, soweit sie der Öffentlichkeit zugänglich war, keine wesentlichen Fortschritte in der Entwirrung des Kreditfalls Bürkle. In der nächsten Ausschusssitzung soll Innenminister Ulrich aussagen.

Saar-Hoffmann verbietet

Saarbrücken (dpa). Der saarländische Ministerpräsident Johannes Hoffmann (CVP) begründete das Verbot einer Kundgebung der oppositionellen Demokratischen Partei des Saarlandes (DPS) damit, daß die Ziele der Partei die Existenz des Saarstaates gefährdeten. Die Forderung der DPS, alle Hemmnisse zu beseitigen, die einer wirtschaftlichen Verbindung mit Deutschland in gleicher Form wie zu Frankreich entgegenstehen, verneine den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich. Frankreich laube nur dann an, ein dauerndes gutes Verhältnis zu Deutschland, wenn die bisherige Saarpolitik in einem Friedensvertrag endgültig anerkannt werde. Hoffmann wandte sich dagegen, daß Mitglieder der DPS offiziell von Politikern der Bundesrepublik empfangen werden.

Auerbach kehrt nicht mehr zurück

München (ko). Ministerpräsident Dr. Ehard verwahrte sich dagegen, daß er oder andere Persönlichkeiten an einer Vernebelung des Falles Auerbach interessiert seien. Im Gegenteil, es seien alle Kreise stark interessiert, ohne Rücksicht auf Personen das Verfahren schnell durchzuführen. Bisher lägen keine Beweise für eine mangelhafte Dienstaufsicht durch das Finanzministerium vor. Auf keinen Fall werde Dr. Auerbach wieder in das Amt zurückkehren. Der neue Leiter des bayerischen Landesentscheidungsamtes, Sdrlek, gab bekannt, daß bisher drei Personen fristlos und neu weiteren Angestellten vorsorglich gekündigt wurde. Als Auerbach aus dem Amt ging, seien nur mehr 30 000 DM verfügbar gewesen, alle anderen Gelder seien verwirtschaftet worden. Der bayerische Ministerrat konnte sich noch nicht entschließen, eine Zurückziehung der Polizeikräfte, welche das Amt besetzten, zu veranlassen.

Ehard: Baden nicht verraten

Dr. Ehard wandte sich gegen Beschuldigungen, welche ihm ein Versagen bei der Abstimmung des Bundesrates über die Frage des Südweststaates, bei der sich der bayerische Ministerpräsident bekanntlich der Stimme enthielt, vorwerfen. Es habe ihn verstümmt, daß Südbaden zunächst gewillt war, die äußersten Mittel zur Durchsetzung seines Standpunktes anzuwenden, jedoch später selbst auf eine rasche Verabschiedung des Gesetzes drängte. Bayern habe keinen Verrat an der föderalistischen Sache begangen, den ein gesunder Föderalismus werde nicht durch eine Verschleppungstaktik geschützt, wie sie von Südbaden angewendet wurde.

Komische Polizeipräsidenten

Gegen den geschäftsführenden Polizeipräsidenten von München, Weitmayer, wurde ein Verfahren wegen Devisenvergehens eingeleitet. Es handelt sich um 150 000 schwfr. Falls der Münchener Polizeipräsident, was zu erwarten ist, für die Zeit des Verfahrens beurlaubt wird, hat München überhaupt keinen Polizeipräsidenten mehr, da der Vorgänger Weitmayers, Pitzer, ebenfalls wegen verschiedener Vergehen abgesetzt wurde.

Drei Millionen Besatzungsgeschädigte

In der Delegiertentagung des Landesverbandes der Besatzungsgeschädigten, die in Ludwigshafen in Anwesenheit von Landtagspräsident Keil und Arbeitsminister Stelter stattfand, referierte der Völkerrechtslehrer Univ.-Prof. Dr. Giese über die rechtliche Grundlage der Besatzungsgeschädigten. Nach seinen tiefgründigen Ausführungen steht die Besatzungsgeschädigten im Widerspruch zu den Grundgesetzen des Völkerrechts, sie muß ferner als eine Enteignung im Sinne des Artikels 14 des Grundgesetzes betrachtet werden.

Die Versammlung brachte ihre Empörung darüber zum Ausdruck, daß im Zeitpunkt der angeblichen Wiederherstellung der Gleichberechtigung den drei Millionen Besatzungsgeschädigten immer noch die Rechte vorzuenthalten werden, welche die Haager Landkriegsordnung der Zivilbevölkerung während der Kriegshandlungen garantiert.

Beschwerden — aber noch keine Richter

Karlsruhe. Beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sind bereits eine große Anzahl von „Verfassungsbeschwerden“ eingegangen, zu deren Erhebung jeder Staatsbürger nach Maßgabe des § 90 des vor kurzem in Kraft getretenen Gesetzes über die Errichtung des Bundesverfassungsgerichtes berechtigt ist, der sich durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder in einem sonstigen durch das Bonner Grundgesetz garantierten Rechte verletzt glaubt.

Die Beschwerden können jedoch nicht vor der Bildung der Senate, die erst nach der noch ausstehenden Wahl der Richter durch die gesetzlichen Wahlkörper geschaffen werden, zur gerichtlichen Entscheidung vorgelegt werden.

Mit der Wahl der Richter beim Bundesverfassungsgerichtshof, die zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat zu wählen sind, ist in einigen Wochen zu rechnen. Anträge an das Bundesverfassungsgericht sind bis auf weiteres zu richten an: Bundesverfassungsgericht-Kopfstelle, Karlsruhe, Bundesgerichtshof.

Helgoländer Fischer werden gewarnt

Kiel (dpa). Das schleswig-holsteinische Kabinett warnte die Helgoländer Fischer davor, den Hafen Helgoland künftig ständig anzulaufen und auch bei Bombenwürfen der britischen Luftwaffe nicht mehr zu verlassen. Dieses Vorhaben sei eine Gefahr für Leben und Gut der Fischer.

Im Dutzend billiger

Copyright 1949 by Frank B. Gilbreth Jr. and Ernestine Gilbreth Carey



FRANK B. GILBRETH UND ERNESTINE GILBRETH CAREY

Übersetzt von Susanna Rademacher. Alle deutschen Rechte beim Lothar Bianvalet Verlag, Berlin-Wannsee 6. Fortsetzung

Aber Mutter spann erst die Geschichten die uns alles, was wir betrachteten, wirklich unvergänglich machten. Paps sah in einem Ameisenhaufen Bewegungs-Rationalisierung und Zusammenarbeit; Mutter dagegen sah darin eine hochentwickelte Zivilisation, vielleicht mit einer dicken, alten Königin als Oberhaupt, der tausend schwarze Sklaven morgens das Frühstück ans Bett brachten. Wenn Paps stehenblieb und uns die Konstruktion einer Brücke erklärte, so entdeckte sie den Arbeiter in blauen Baumwollhosen, der hoch oben auf einer Verspannung saß und fröhlich lächelte. Dadurch gab sie uns das Gefühl für die atemberaubende Höhe der Konstruktion und für die Winzigkeit der Menschen, die sie errichtet hatten. Oder wenn Paps auf einen krummgebogenen, knorrigen Baum deutete, dann machte Mutter uns klar, wie der Wind in jahrelangem Kampf dem Baum sein unarmherziges Siegel aufgedrückt hatte. Dann saßen wir und merkten uns jedes Wort, und Paps sah Mutter an, als wollte er sagen: „Hab' ich nicht die wunderbarste Frau der Welt geheiratet?“

Bevor wir von unserem Picknick-Platz aufbrechen, bestand Paps darauf, daß Butterbrot-papier und anderer Abfall sorgfältig gesammelt,

in den Picknick-Koffer gepackt und mit nach Hause genommen wurde. „Wenn ich etwas nicht leiden kann, so ist es Liederlichkeit beim Lagern“, sagte er. „Nicht ein Stückchen Papier darf auf diesem fremden Grundstück liegenbleiben. Wir müssen alles so hinterlassen wie wir's vorgefunden haben, wozu möglichen noch ordentlich. Nicht mal ein Stück Apfelschale darf liegenbleiben.“

Apfelschalen waren besonders geeignet Anstoß zu erregen. Die meisten von uns aßen Äpfel gern geschält, aber Paps hielt das für Verschwendung. Wenn er einen Apfel aß, dann verzehrte er ihn mit Schale, Kerngehäuse und Kernen und erklärte, gerade diese seien das Gesundeste und Wohlsmekendste an der ganzen Frucht. Anstatt an der Seite anzufangen und sozusagen um den Äquator herum zu essen, fing Paps am Nordpol an und aß sich durch das Kerngehäuse bis zum Südpol durch.

Er verbot uns nicht direkt, die Äpfel zu schälen und die Kerngehäuse wegzurufen, aber er erwähnte es immer wieder, damit wir ja wußten, daß er es bemerkt hatte.

Manchmal ließ er uns, damit auch sicher kein Abfall zurückblieb, wie eine Kompanie Soldaten in einer Reihe antreten und über den Pick-

nick-Platz marschieren. Jeder mußte den Abfall auf dem Geländestreifen auf sammeln, den er abschritt.

Infolgedessen kamen wir oft mit den Überbleibseln zahlloser Leute nach Hause, die vor uns an der betreffenden Stelle gelagert hatten.

„Es ist mir unbegreiflich, wie ihr eine derartige Menge Zeug herumstreuen könnt“, grinste Paps, wenn er alte Zeitungen, leere Flaschen und verrostete Konservendosen in den Picknick-Koffer stopfte.

„Das ist nicht unser Zeug, Pappi. Das weißt du genau so wie wir. Oder was sollten wir vielleicht mit alten Whisky-Flaschen oder mit einer vorjährigen Nummer vom Hartford Courant anfangen?“

„Das möcht' ich auch wissen“, sagte er und schnupperte an den Flaschen.

Weder Paps noch Mutter hielten die Toiletten an den Tankstellen für hygienisch. Sie ließen sich nie im einzelnen darüber aus, welche Krankheiten man sich da holen könne, aber sie erklärten, diese Krankheiten seien häßlich und ansteckend. Verglichen damit, war Lepra nur eine Art Schnupfen. Paps machte die Tür zu einer öffentlichen Toilette immer mit seinem Rockschoß auf, und die dann folgenden Vorbereitungen und Vorsichtsmaßnahmen waren „unvermeidlicher Zeitverlust“ in des Wortes schlimmster Bedeutung.

Da also für ihn und Mutter die Tankstellen nicht in Betracht kamen, blieben uns nur die Wälder. Vielleicht war es die Nervenanspannung, die wir aufbringen mußten, um Paps' Fahrten zu ertragen; vielleicht war es aber auch einfach die Tatsache, daß vierzehn Personen verschiedenartige persönliche Bedürfnisse haben. Jedenfalls schienen wir bei jeder einigermaßen geeigneten Baumgruppe zu

„Ich kenne Hunde, die sich aus Bäumen weniger machen als ihr“, stöhnte Paps.

Um innerhalb der Familie das notwendige Taktgefühl zu wahren, erforderte Paps zwei Ausdrücke für das „Verschwinden“ im Walde. Der eine hieß „Mrs. Murphy besuchen“, der andere „mal nach dem hinteren Reifen sehn“. Beide bedeuteten dasselbe.

Nach einem Picknick sagte er:

„Wie viele müssen Mrs. Murphy besuchen?“ Meistens mußte keiner. Wenn wir aber zehn oder fünfzehn Minuten unterwegs waren, dann meldete sich bestimmt einer. Dann hielt Paps an, Mutter führte die Mädchen in den Wald auf der einen Straßenseite, Paps die Jungen in den Wald auf der andern Seite.

„Ich kenne die gesamte Flora und Fauna von Bangor in Maine bis nach Washington in Columbia“, stellte Paps erbittert fest.

Auf dem Heimweg war es schon dunkel, und dann kletterte Bill auf einen Klappsitz direkt hinter Paps. Immer wenn es um eine Kurve ging und Paps eifrig mit Steuern beschäftigt war, beugte Bill sich vor und packte ihn beim Arm. Bill war ein glänzender Schauspieler, und so flüsterte er in Mutters Ton: „Nicht so schnell, Frank. Nicht so schnell.“ Paps meinte, Mutter zupfe ihm am Arm und flüsterte ihm etwas zu, er tat, als höre er nicht.

Manchmal machte Bill sich den Spaß, wenn der Wagen würdevoll im Fünfzigkilometer-tempo dahinkroch; dann drehte Paps sich angewidert zu Mutter und sagte:

„Du meine Güte, Lillie! Ich fahre ja höchstens mit dreißig Sachen!“

Er zog, sobald er sich mit Mutter über die Geschwindigkeit unterhielt, automatisch zwanzig Kilometer ab.

„Ich hab' nichts gesagt, Frank“, sagte Mutter. Dann drehte Paps sich um und sah, wie wir alle hinter unsern Taschentüchern kicherten. Gutgelaunt knuffte er Bill und zauste

ihm das Haar. Inseheim war Paps stolz auf Bills schauspielerisches Talent. Er sagte manchmal, wenn Bill einen Vogel nachahmte, dann wage er (Paps) nicht hochzugucken.

„Junge, du bist ein Nagel zu meinem Sarge“, sagte Paps zu Bill.

Wenn wir dann so dahinfuhren, sangen wir drei- und vierstimmig, wobei Mutter und Paps den Sopran und den Baß übernahmen. Wir sangen „Bobolink Swinging on the Bow“, „Love's Old Sweet Song“, „Our Highland Goat“ und „I've Been Working on the Railroad“.

„Was sollte man nur anfangen, wenn man ein einziges Kind wäre?“ dachten wir.

Paps lehnte sich in seinen Sitz zurück und setzte sich den Hut flott aufs Ohr. Mutter tat, als fröre sie, und kuschelte sich an ihn. Die Babys schliefen. Manchmal drehte Mutter sich zwischen den Liedern zu uns um und sagte: „Solche Augenblicke sind die glücklichsten im ganzen Leben.“ Und vielleicht hatte sie recht.

Der Herr Präsident

Paps war in Fairfield in Maine geboren, wo sein Vater ein Kaufhaus und eine Farm betrieb und Trabrennpferde gezüchtet hatte. John Hiram Gilbreth starb 1871 und ließ seine strenge und harte Frau mit dem dreijährigen Sohn und zwei älteren Töchtern zurück.

Paps' Mutter, Großmama Gilbreth, glaubte daran, daß ihre Kinder zu etwas Besonderem in der Welt berufen seien und hielt es für ihre erste Pflicht, sie so zu erziehen, daß sie für ihre Begegnung mit dem Schicksal gerüstet waren.

„Dann“, sagte sie mit vielsagendem Kopfnicken zu ihren Nachbarn in Fairfield, „wird sich zeigen, was für Blut in ihren Adern rollt.“

(Fortsetzung folgt)

Und die Treuepflicht des Staates?

APD. Bläß, verschüchtert und mit niedererschlagenen Augen saß Egon auf der Anklagebank einer westdeutschen Großen Strafkammer. Ein Bild des Jammers und der Reue gleichsam in Person. Mit väterlicher Milde stellten seine Richter Fragen. Die Delikte des Gerichts gebracht hatten, schienen ziemlich über Art. Schwere Amtsunterschlagung in Tateinheit mit gewinnstüchtiger Verwahrlosung in zwei Fällen und Urkundenfälschung wurden ihm vorgeworfen. Zum Schaden seines Arbeitgebers, der Deutschen Bundespost, die Höhe der Verurteilung betrug insgesamt 250 DM.

Egon wollte Beamter werden, festbesoldeter und pensionsberechtigter Angestellter der Deutschen Bundespost. Er hatte sich daher einem Arbeitgeber verschrieben, der mit besonderem Recht eine besondere Treuepflicht verlangen muß. Bei makelloser Erfüllung seiner Aufgaben tauschte er allerdings dafür die Fürsorge des Staates als wesensnotwendige Bedingung ein. Treue somit gegen Treue.

Wie sah nun im Falle Egons die Treue- und Fürsorge der Deutschen Bundespost aus? Nachdem er zunächst nur 55 DM im Monat verdiente, bezog er ab 1948 monatlich 124 DM netto. Sein Arbeitsplatz lag nicht am Wohnsitz der Eltern. Er war daher gezwungen, sich am Ort seiner Tätigkeit ein Zimmer zu mieten. Ersparungen für notwendige Anschaffungen waren bei dem Einkommen nicht möglich. Als sich der Kauf eines neuen Anzuges absolut nicht mehr vermeiden ließ, gewährte die Post ein Darlehen in Höhe von 150 DM, welches mit 30 DM monatlich zurückgezahlt werden mußte. Zur Zeit seiner Verurteilung blieben Egon praktisch rund 90 DM für Lebensunterhalt und Zimmermiete. Eine Aufbesserung versprach er sich von einem Wechsel vom Schaltdienst zum Postkraftfahrer. Hierzu war aber ein Führerschein notwendig, den er selbst bezahlen durfte. Kostenpunkt: 150 DM. Tatsächlich hatte der junge Mann im Verlauf weniger Monate 80 DM von dieser Summe abgestottelt. Wie? Ja, da werden die kleinen Veruntreuungen geholfen haben. Anders war es wohl nicht möglich.

Kein Zweifel somit, daß Egon in erheblicher wirtschaftlicher Notlage war, und daher fand er milde Richter. Die Gesamtstrafe wurde auf sechs Monate und einen Tag Gefängnis zusammengesetzt und in der Urteilsbegründung festgestellt, daß das Gericht selbst diese an sich gelinde Strafe als überaus hart empfindet.

Ein Gerichtshof, der seinen Spruch beinahe entschuldigend und ein Tenor, der aufhorchen läßt. Er fordert neben dem Angeklagten den Geschädigten vor die Schranken, die Deutsche Bundespost, und macht sie zum eigentlichen Urheber der Delikte. Es erscheint nicht angebracht, so folgern die Richter, einen Angeklagten wegen seiner treuewidrigen Handlungsweise gegenüber dem Staat besonders hart zu bestrafen, wenn diesem selbst ein recht mangelhafte Erfüllung seiner Fürsorgepflicht und damit ein gleichfalls treuewidriges Verhalten durch völlig unangemessene Bezahlung nachzuweisen sei.

Zwölfhundertjähriges Sasbach / Lob der ländlichen Beharrlichkeit

Zwölfhundert Jahre sind schon ein Wort, manche namhafte Stadt schaut nicht im entferntesten auf solch hohes Alter zurück wie das ländliche Sasbach, — nicht etwa das am Kaiserstuhl, sondern das bei Achern. In wenigen Wochen wird es sein Jubiläum festlich begehen.

Wer sich nun auf die Suche nach baulichen Zeugen solch uralter Vergangenheit machen wollte, der würde enttäuscht: hier bietet sich nichts von frühem Mittelalter, weder Tor noch Turm, vielmehr ein ausgesprochen, ja charakteristisch, unverfälscht bäuerliches Dorfbild. Und das bäuerliche ist die älteste Form unserer Kultursiedlung ist, so liegt ein Hauch von Zeitlosem über dem freundlichen Orte ausgebreitet.

Von der Höhe aus gesehen, würde es so nahe dem größeren Achern beinahe verschwinden — denn näher und näher wachsen die Häuserzellen aufeinander zu — wenn sich nicht sein Kirchturm so eigenwillig von allen anderen ringsum in der Ebene unterscheidet. Das ist kein monumentaler Bau wie etwa der zweistöckige Nachbar von Ottersweier, sondern sein Reiz liegt am Umriß der einfachen, bei aller dörflichen Schlichtheit so anmutig geschwungenen Turmhaube. — ein barocker Akzent, der irgendwie ferne an böhmische Landschaft erinnert.

Unser Sasbach hat freundliche Züge; Gemüt lebt in ihm, die Gärten und Gärten offenbaren es uns, sie erstrecken sich unter der Fülle des blühenden Grüns, und es hat den Anschein, als könne es in Sasbach überhaupt nicht genug Fensterbretter geben, um all die Töpfe mit der Vielzahl der altväterlichen, heute schon gar nicht mehr bekannten dörflichen

Ziergewächse unterzubringen. In manchen Beeten schwillt es über die ganze Hausbreite wie buntausgepolstertes Moos zwischen den Stein- und Ziegelpflanzungen in allen Farben empor, eine Palette, deren Vielfalt jeden Maler entzücken müßte. Nicht anders ist's übrigens dort in der Gegend um die Pflanz der Bildstöcke und Weiskreuze bestellt, schöner Ausweis eines feinsinnigen Gemütslebens, das sonst im Lande mehr und mehr am Verdorren ist. Und so liegt ein Schimmer der ewigen Jugend unserer Erde um die Zwölfhundertjährige bezaubernd hingebrettelt.

Wie lebendig und in welch fröhlicher Rhythmik überschneiden sich hier doch die verschiedenartigen Spielformen des Fachwerks, — jedes Haus hat ein eingependeltes Gesicht, hat Eigenleben. Da steht man immer wieder vor überraschend malerischen Winkeln, vor Fenstern putziger Formate und origineller Maße, vor zierlichen Sims- und Gesimsen, vor handfester Bau mit kunstvoll gedrehten Säulen und der im Mauerwerk eingelassenen Hausmadonna; alte Wirtsschilder mit den landesüblichen, so echt badischen Symbolen könnten in ihrer unbekümmerten kindlichen Naivität geradezu der Einfaltswelt eines Struwwelpeter-Hoffmann entsprungen sein. Ein Dorfplatz mit Linde spielenden Kindern und viel, viel Stille ist auch da. So oft heißt es doch, dem bäuerlichen Menschen ermangele der Sinn für das Schöne; wie töricht! Denn das ist letztlich keine Frage des städtischen oder des ländlichen Menschen, es ist die rein persönliche Angelegenheit des einzelnen; in Sasbach jedenfalls gibts viele Menschen mit Sinn für Schönheit. Man merkt's auf Schritt und Tritt.

Sasbach ist mit Wasser getauft, nämlich mit eben dem Sasbach: durch wohl nichts aus seiner schlaftrigen Ruhe zu bringen, trollt er sich in gemächlichen Windungen unter vielen großen und kleinen Brücken und Stegen dahin, freut sich des sanften Frühlingshimmels, der sich in ihm spiegelt; Lob der Gemächlichkeit, Lob der Gelassenheit in unserer aufgeregten Zeit... Was bedeuten ihm schon Enten und Gänse die sich phlegmatisch bald in ihm plustern, bald mit federgesträubten Getue (aller weiblichen Sippschaft der Schöpfung ist es nicht anders eigen) über seine Fläche hinweg sich gereizte Liebenswürdigkeiten zuschnattern oder über sonst was disputieren. Nein, — das ficht unsern Sasbach nicht im geringsten an, nicht einmal durch ein Glucksen tut er sein Interesse kund, er weiß um seine Werte: eine Strecke Wegs neben blühendem Flieder bildet seine Ufer eine Art kiesbestreuten Promenadewegs, und was der Oos recht, ist dem Sasbach billig, also: — man ist schon wer.

Bei aller emsigen Regsamkeit des Tages ist und bleibt der beherrschende Wesenszug dieser Zwölfhundertjährigen die alles die zeltend-überdauernde Ruhe, — die der Ländlichkeit schlechthin; sie lebt in dem Wissen: nichts auf der Welt wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird. So fällt auch der knatternde, knirschende, heulende und zischende Lärm der großen Verkehrsstraße, deren glänzende Bahn mitten durch den Ort stößt, schon wenige Schritte abseits recht wesenlos ins Nichts... das Dorf an und für sich bleibt unberührt von dem. Das sind zwei Welten, die sich wohl eng berühren aber doch völlig beziehungslos nebeneinander leben; flüchtig die der glatten, tempoüberjagten Straße, — beharrlich die der Felder und Äcker, die der Fachwerkgebäude und des Dorfbachs im Zeichen der anmutig fröhlichen Kirchturmhaube.

Und doch wurde Sasbach vom Atem der großen Geschehnisse angehaucht. Man weiß, daß 1675 in einem Gefecht der französische Feldherr Turenne durch eine Kanonenkugel getötet, und ihm später von seinem Lande ein Denkmal errichtet wurde; nationalistischer Fanatismus machte nach dem Westfeldzug 1940 der bisher nach badischer Duldsamkeit alle Unehre; nach dem Krieg wurde ein neues Denkmal durch de Gaulle eingeweiht. Noch steht der alte Dreikantstein mit der Inschrift: Hier ist Tyrrenius verstorben worden. Daß man sich hier auf einer kleinen französischen Enklave befindet, wird einem angesichts des Wärrerhauses so recht bewußt: im haargenau demselben Stil steht sie so an den schwerwütigen, schattenübergrünten Kanälen Frankreichs.

Und da man die Allee vom Denkmal her wieder zum Dorf hinunterging — eine Sportanlage, von überquellendem jugendlichen Leben erfüllt: Buben der Lenderschen Lehranstalt, ein Institut, das weit über Baden hinaus Sasbach zu einem festen Begriff macht. Viele bedeutende Männer sind aus ihr hervorgegangen, und es ist zu werten, daß fast überall im Badischen irgendeiner, gleich in welchem Berufe er steht mag, lebt, der da sagt: „Jaja, als ich noch auf der Lenderschen war, das waren noch andere Zeiten...“ Kurt Scheid



Das niederbayrische Dorf Gergweiss zählt 1200 Einwohner und — 400 Dackel. Seit 25 Jahren werden dort Dackel gezüchtet. Jedes verkaufte Tier wird zuvor gegen Staupe geimpft. Bild: Pelikan

Zwanzigjährige tötet ihr Kind

Mannheim (-nk). Das Schwurgericht Mannheim verurteilte die erst 20 Jahre alte Ilka Stolpmann wegen Totschlags zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Die bisher unbescholtene Angeklagte hatte am 16. November vergangenen Jahres ihr acht Monate altes unehelich geborenes Kind vorzüglich erdrosselt und im Walde nahe ihres Wohnortes Ketsch verscharrt. Anfang Februar fanden Altmittelalterler dann eine aus einem Erdloch ragende Kinderhand. Die Stolpmann, die angegeben hatte, das Kind sei adoptiert worden und in Amerika, wurde schon am nächsten Tag verhaftet. Sie hatte das Kind, dessen Vater sie selbst nicht genau kannte, getötet in der Hoffnung, dadurch endlich ihren Verlobten, von dem sie bereits schwanger war, ganz für sich gewinnen und ihn heiraten zu können.

Vater und Sohn ums Leben gekommen

Freiburg i. Br. (swk). Als ein Personenkraftwagen einem ihm entgegenkommenden Automobil ausweichen mußte, geriet er ins Schleudern und prallte mit einer Geschwindigkeit von 60 km mit einem Radfahrer zusammen, der seinen neunjährigen Sohn mit sich führte. Während die Fahrer der beiden Kraftwagen mit dem Schrecken davonkamen, erlitten Vater und Sohn so schwere Verletzungen, daß sie bald darauf im Krankenhaus starben.

Sechzehnjähriger erhängt sich

Tauberbischofsheim (swk). Auf dem Heuboden seiner Pflegeeltern in Wölchingen erhängte sich ein 16jähriger Junge. Das Motiv zur Tat konnte noch nicht ermittelt werden; man nimmt jedoch Schwermut als Ursache an.

Odyssee einer Liebe

bestehenden Ausländergesetz bestraft und nun wartet sie zum siebenmal im Untersuchungsgefängnis auf einen Prozeß. Inzwischen haben die Behörden jedoch Nachsicht gelübt und sich entschlossen, sich an der bisherigen unermüdeten Suche nach dem Freund zu beteiligen. Der Prozeß ist so lange ausgesetzt worden, bis der „Verlorenen“ aufgefunden ist.

Gute Obsterbe in Aussicht

Weinheim (K). Sämtliche Obstbäume in Weinheim und an der südlichen Bergstraße haben bis auf geringe Ausnahmen die Blütezeit gut überstanden und keine Frostschäden erlitten. Die Witterung war in den letzten Wochen für den Verlauf der Blüte besonders günstig. Bei sämtlichen Obstsorten konnte ein selten guter Ansatz festgestellt werden. Wenn keine Witterungsschäden — wie Maifrüste und schwere Gewitter — mehr eintreten, so dürfte in diesem Jahre mit einer ausgezeichneten Obsternte zu rechnen sein.

Münchweiler (bb). Am 2. und 3. Juni feiert der Männergesangsverein sein 100jähriges Bestehen. Zahlreiche Vereine werden am Fest teilnehmen.

Kulturnotizen

Vega-Medaille für deutschen Gelehrten. König Gustaf Adolf von Schweden überreichte in Stockholm dem Bonner Geographen Professor Dr. Carl Troll die Vega-Medaille, die dem deutschen Gelehrten von der schwedischen Gesellschaft für Anthropologie und Geographie für seine Verdienste um die Erforschung der Hochgebirgsgeographie verliehen wurde. Die Medaille wurde zum Andenken an die Weltumsegelung Adolf Erik Nordenskiöld 1878-1879 gestiftet und ist eine der ehrenvollsten Auszeichnungen, die geographische Forscher erlangen können.

Das Berliner Zeughaus soll marxistisch-leninistisches Geschichtsmuseum werden, wurde anlässlich des Richtfestes für den ersten Bauabschnitt des Wiederaufbaus bekannt gegeben.

Die Max-Dauthendey-Gesellschaft, die 1935 aufgelöst werden mußte, soll wieder neu gegründet werden und die Freunde des Dichters im In- und Auslande vereinen.

Paul Rose, der Intendant des Kasseler Staatstheaters und frühere Leiter des Rose- und Lessing-Theaters in Berlin, wird mit seiner Frau, der Schauspielerin Traute Rose, nach Berlin zurückkehren, nachdem seine Kasseler Verpflichtung nicht mehr verlängert worden ist.

Die Pfälzische Sezession, die sich aus kleinen Anfängen zur repräsentativen Vertretung der modernen Maler- und Bildhauer-Extremisten entwickelt hat, wird ihre Jahres-Ausstellungen im Anschluß an Speyer auch in Karlsruhe und anderen Städten des Bundesgebietes zeigen.

Robert Stolz ist für die Symphonie-Konzerte im New Yorker Lewisohn-Stadion als Gastdirigent verpflichtet worden. Der Wiener Komponist wird in dem College-Freilichttheater eigene Werke dirigieren.

Carl Oertel, dessen „Michelangelo“-Film in diesem Jahre mit einem „Oscar“ ausgezeichnet worden ist, wurde durch die Verleihung der „Goldenen Plakette der Stadt Wiesbaden“ geehrt. Die Plakette wird künftig jedes Jahr während der Internationalen Maifestspiele für besondere Verdienste auf künstlerischem oder wissenschaftlichem Gebiet verliehen werden.

Erholungsreisen für den kleinen Mann

Um eine Neuordnung der Schulferien — Zweistöckige Wagen der Bundesbahn

Auf dem zweiten Deutschen Fremdenverkehrstag in Stuttgart, der von rund 1000 Vertretern des In- und Auslandes besichtigt war, wurden neben den Fragen der kulturellen und volkswirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs spezielle Probleme erörtert, die sich seit dem ersten deutschen Fremdenverkehrstag in Bonn aus der Praxis ergeben hatten. Im Vordergrund standen erfreulicherweise ethische und soziale Gesichtspunkte. Wohl keiner der Redner, die bei der Kundgebung im Großen Haus der Württ. Staatstheater das Wort ergriffen, versäumte es, auf diese Dinge hinzuweisen. Alle Werbung, für die auch vom Bund Mittel bereitgestellt werden, wäre unnütz, wenn die breiten, wirtschaftlich schwachen Bevölkerungskreise von den zahlreich sich bietenden Erholungsmöglichkeiten ausgeschlossen wären. Vor einem haben Jahre ist eine „Gemeinschaft für Sozialtouristik und Reisesparen“ gegründet worden, bei der sich auch die Gewerkschaften aktiv eingeschaltet haben.

An Hand von Statistiken wurde nachgewiesen, daß sich die Erholungsreisen zu einem erheblichen Prozentsatz auf die Urlaubsmonate Juli und August verdichten, während in den Monaten vorher und nachher ein Vakuum festzustellen ist. Das wirkt sich — nach dem volkswirtschaftlichen Gesetz, daß Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen — für die Hauptreisezeit verteuert aus. Wie der Präsident des „Bundes Deutscher Verkehrsverbände“, der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. K. o. l. b., mittelste, ist die Regelung der Sommerferien, von jeher nicht nur ein schulisches, sondern auch ein soziales und wirtschaftliches Problem. Durch die verständnisvolle Einstellung der Konferenz der Kultusminister in gewissen Punkten bereits in die Wege geleitet. Vor allem für das am dichtesten bevölkerte Land Nordrhein-Westfalen erstrebt man eine Zweiteilung der Schulferien, um eine Überfüllung der Feriennorte in der sommerlichen Hochsaison zu vermeiden.

In der Reisefrequenz ist zwar der Stand der Vorkriegszeit noch nicht wieder erreicht, doch hat sich die Zahl der Fremden gegenüber dem Vorjahr ungefähr verdoppelt, die der ausländischen Gäste sogar verdreifacht. In einer Verlautbarung des Präsidenten der europäischen Kommission des Tourismus, Arthur Hauilot wurden die bisher erreichten Fortschritte im internationalen Reiseverkehr hervorgehoben. Im Verlauf des vergangenen Jahres sind zahlreiche Hindernisse aus dem Wege geräumt worden. Der Visumzwang wurde teilweise aufgehoben, Zollbestimmungen sind gemildert, und es war möglich, eine ständig wirkungsvollere Zusammenarbeit zwischen den Fremdenverkehrsorganisationen durchzuführen.

War 1949 erstmals wieder ein kräftiges Anlaufen des Fremdenverkehrs in Deutschland festzustellen, so zeigten die Ergebnisse des vergangenen Jahres, daß Deutschland wieder in die Reihe der großen europäischen Reiselande zurückgekehrt ist. Die Förderung des Fremdenverkehrs ist darum eine Angelegenheit aller. In den Parlamenten des Bundes und der Länder hat sich diese Erkenntnis durchgesetzt. Nach einer Mitteilung von Oberbürgermeister Dr. Kolb soll demnächst an einer westdeutschen Universität — wahrscheinlich Frankfurt — ein Hochschulinstitut für Fremdenverkehr errichtet werden.

Zum Abschluß der Kundgebung des zweiten deutschen Fremdenverkehrstages wies Ministerialdirektor Werner Pichler auf verschiedene Verbesserungen der Bundesbahn hin, die zum Teil von den Tagungsteilnehmern anlässlich einer Fahrt nach Lindau bereits in Augenschein genommen werden konnten; besondere Beachtung fanden die neuen zweistöckigen D-Zug-Wagen.

Südwestdeutsche Umschau

Darmstadt (swk). Der Leiter der Erzeugungsabteilung im hessischen Wirtschaftsministerium, Ministerialrat Dr. Lechtape-Grüter, gab kürzlich bekannt, daß der hessische Staat voraussichtlich bereits im Laufe dieses Sommers mit der Herstellung von Sekt im staatlichen Weingut Kloster Eberbach beginnen werde.

Ludwigshafen (swk). Als ein 20jähriger Mann nachts nach Hause kam, stellte er einen Topf mit Wasser auf die Gasflamme. Infolge Überdümmung schlief er neben dem Gasherd ein, so daß er nicht bemerkte, daß das überkochende Wasser die Gasflamme löschte. Durch das ausströmende Gas erlitt der junge Mann eine tödliche Vergiftung.

Wertheim (swk). Der Bau der Zuckerfabrik Ochsenfurt in Franken, der größten in der Bundesrepublik, ist endgültig gesichert und auch die Finanzierungsfrage gelöst worden. Die Grundsteinlegung für den Bau der Ochsenfurter Zuckerfabrik wurde nunmehr offiziell auf Samstag, den 26. Mai 1951 festgelegt.

Königsberg (swk). Im Rahmen des Abschlusskonzerts der Würzburger Philharmoniker in dieser Spielzeit trat der achtjährige Pianist Ludger Maria Maxsein als Solist an die Öffentlichkeit. Der Junge zeigte verblüffend hohe Leistungen.

Würzburg (swk). Eine aus dem Sudetenland stammende heimattreue Witwe in Erbach verübte Selbstmord durch einen Sprung in den Dorfweiher.

Pforzheim (swk). In Knittlingen im Kreise Vaihingen/Enz hat Fabrikant Erich Hebold, Mitinhaber der bekannten Mundharmonikafabrik Böhm AG., Klingenthal/Sachsen, die inzwischen in einen volkseigenen Betrieb umgewandelt worden ist, mit der Herstellung von Mundharmonika begonnen. Damit wurde ein über 20 Jahre lang still-

legender Industriezweig zu neuem Leben erweckt und dem alten Facharbeiterstamm, der bisher bedarfsfremd eingesetzt war, wieder Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben.

Freiburg/Br. (swk). In der südbadischen Landeshauptstadt „wächst“ der Südweststaat. Seine Anhänger haben wohl schon im Frühjahr eine Bergwiese an der Straße nach dem Hällental ihre „verborgenen Wünsche“ in Form von Kunstgedichten anvertraut. Die warme Maisonne brachte nun den „Südweststaat“ in riesigen Gras-Buchstaben, die sich als fette über 100 Meter lange Schlagzeile am Hang hinziehen, an den Tag.

Stuttgart (swk). Zum Besuch der Deutschen Konditorei-Fachausstellung 1951, die vom 17.-27. Mai in Stuttgart stattfindet, gibt die Deutsche Bundesbahn Sonntagsrückfahrkarten mit erweiterter Geltungsdauer an den in diese Zeit fallenden Sonntag- und Festtagen in folgenden Orten aus: im Umkreis von 100 km um Stuttgart sowie von Freiburg, Friedrichshafen, Heidelberg, Mannheim, Oesterburken und Ravensburg.

Stuttgart. Ein achtjähriges Mädchen wurde getötet, ihre neunjährige Freundin und eine ältere Frau schwer verletzt, als ein schwerbeladener Lastwagen, einem verkehrswidrig fahrenden Volkswagen ausweichend, auf den Gehweg fuhr. An derselben Stelle war der Bruder des verletzten Mädchens vor zwei Jahren einem Unfall zum Opfer gefallen. — Durch starken Gaseruch geweckt, fand ein Mann seine 30jährige Ehefrau mit den Säuglingen in der Küche vergiftet auf. Die Wiederbelebungsversuche retteten die beiden noch in letzter Minute.

Bronnbach (br). Vor 800 Jahren wurde am 16. Mai des Zisterzienserkloster Bronnbach im Taubertal gegründet. Es zählt zu den besterhaltenen Klosteranlagen Süddeutschlands.

Adolf von Harnack / Zu seinem hundertsten Geburtstag

„War Harnack eine kämpferische oder eine irenische Natur? In seiner Jugend galt er als Rebell, nicht einer von der lauten Art, sondern in der verhaltenen Leidenschaft, mit der er seine sachlichen Positionen bezog und verteidigte. In dem Bezirk der Wissenschaft war ihm die Grundhaltung der freien Wahrheit unbedingbar, nicht rechthaberisch, denn er begriff die geschichtliche Substanz eines geistlichen Einwandes, doch kompromißlos in jenem Sinn, daß er die saubere Übereinstimmung von Lehre und Gewissen wahrte. Es steckte in ihm ein Stück achtzehntes Jahrhundert, ein Mißtrauen gegen das Verschwämte; sein Zug zum Universalien verband sich mit der sachlichen Treue vor dem Konkreten. Die Kämpfe, die um ihn waren, die er nicht gesucht, aber tapfer bestanden hat, sind dann verklungen: das Verbindende seines Naturells verlieh ihm eine schier selbstverständliche menschliche Souveränität. Als Schriftsteller wie als Redner gleich ausgezeichnet, durch Klarheit und Anmut, hatte er eine sachliche Mächtigkeit gewonnen, die sich in einem unablässigen Dienst an den Sorgen der Gemeinschaft erschöpfte. Aber die herrscherliche Stellung verführte ihn nie, bei aller Vielfalt von Pflichten und Interessen, zur lauten und geschäftlichen Betriebsamkeit; er lebte und wirkte aus einer in sich ruhenden Harmonie.“

Diese schöne und überdies zutreffende Zeichnung des Mannes, dessen Geburtstag sich am 7. Mai d. J. zum hundertsten Male jährte, verdanken wir keinem Geringeren als dem heutigen Bundespräsidenten Professor Dr. Theodor Heuß. Ein bleibendes Denkmal hat dem bedeutendsten Vertreter der historischen Theologie auch seine vor kurzem verstorbene Tochter, Frau Agnes von Zahn-Harnack, gewidmet. Harnack war in erster Linie Theologe, seiner

Wissenschaft treu bis zum Tode, und doch ein ausschlaggebender Förderer auch anderer Lebensgebiete. Seine dreibändige Dogmengeschichte, wie die vor 50 Jahren gehaltenen Vorlesungen über das „Wesen des Christentums“ haben das geschichtliche Denken bis heute beeinflusst. Nach der Berufung des jungen Professors an die Berliner Universität im Jahre 1888 durch Bismarck wurde Harnack Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften, schrieb nach sechs Jahren ihre Geschichte, eine Meisterleistung, die keiner vor

ihm gewagt hätte, und trat mit anderen Fakultäten in Austausch und Verbindung. Doch über den Wolken des wirklichen Lebens zu schweben, war nicht Harnacks Art. Bald wurde er Mitglied und ebenso bald Vorsitzender des „Evangelisch-Sozialen Kongresses“. Neben diesem vielfältigen Arbeitsbereich war ihm noch Kraft geschenkt, die Berliner Universitätsbibliothek und die auf seinen Vorschlag gegründete Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (die jetzige Max-Planck-Gesellschaft) zu leiten. Über aller seiner segensreichen Tätigkeit aber fand der große Theologe noch Zeit und Ruhe zur Entfaltung seines hohen Menschentums.

B. G.

Das Fachblatt — Fundgrube des Wissens

Der Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände e. V. veranstaltet in der Zeit vom 4. bis 12. Mai die Fachbuchwoche 1951 und in ihrem Rahmen eine große „Deutsche Buchausstellung für Beruf und Wissenschaft“ in Berlin. Über seine persönlichen Erfahrungen mit dem Fachbuch plaudert der Verleger Ernst Heimeran.

In früher Jugendzeit versuchte ich einmal, eine Fensterscheibe selber einzulassen, damit die Eltern nicht merken sollten, was ich angestellt. Denn das war schon die dritte Scheibe, die ich in jener Woche mit meiner Armbrust versehentlich erlegt.

Ich dachte mir dieses Eingelassen höchst einfach. Ich hatte es ja wiederholt mit angesehen, wie der Glaser die Scheibe einstellte und ein kittete, das ging im Handumdrehen. Es kam nur darauf an genau Maß zu nehmen, und ich besorgte mir denn auch eine Scheibe im aller-genauesten Maß. Aber wie schwer fiel's mir dann doch, die Glaserstifte einzuhämmern, ohne dabei die Scheibe zu treffen, um den Kitt so aufzutragen, daß er den Falz weder zu dünn noch zu dick deckte und sich beim Glattstreichen nicht wieder abrollte wie eine Spirale. Ich brauchte eine Ewigkeit und schwitzte vor Angst; auch die Scheibg schwitzte, kittverschmiert, und als ich sie reinigte, zersprang sie unter der allzustarrenden Spannung. So kam am Schluß meine Untat doch ans Licht. Indessen verabreichte mir mein Vater statt der erwarteten Ohrfeige ein Buch und gebot mir, darin ein bestimmtes Kapitel zu lesen. Das sah zu erst ganz nach Strafarbeit aus. Dieses Buch war aber eine Einführung ins Handwerksliche, und das aufgeschlagene Kapitel belehrte mich aufs genaueste über die Hand- und Kunstgriffe der Glaser.

Seitdem habe ich nicht nur gelernt mit Fensterscheiben umzugehen — das haben wohl die meisten von uns in den Bombenjahren lernen müssen —, sondern Bücher zu Rate zu ziehen, wenn immer ich etwas angestellt habe oder anstellen will, sei es in Haus und Garten oder in den Häusern und Gärten des Geistes. Sogar meinen Verlegerberuf habe ich nicht erlernt, sondern erlesen und fahre darin noch immer fort.

Viele meinen, Fachbücher seien nur für die bestimmt, die dieses Fach erlernen wollen; hätten sie's aber erlernt, bedürftis sie dieser Bücher nicht mehr, und wer etwas von Grund auf praktisch sich angeeignet, könnte der Bücher überhaupt entraten. Wie lichten hinten im Tegernseesichens die Bauern, als mein Arztfreund, der dort ein kleines Gut erworben, sich in der Kopf setzte, seine Viehzucht höchstselbst zu betreiben. Ein Studierder, das wird was werden! Nach drei Jahren trug dieser Studierende erste Viehzuchtpreise davon. Woher kam ihm diese Wissenschaft? Aus landwirtschaftlichen Fachbüchern.

Wo keine Lust und keine Begabung vorhanden sind, da ist freilich weder mit Büchern noch ohne Bücher zu helfen. Man muß auch das richtige Lesen von Fachbüchern erst erlernen, wenn man Nutzen daraus ziehen will. Ich kannte schon zehn Jahre lang ein Werk über Geigenspieltechnik, bis ich eines Tages begriff, daß es mir etwas sehr Wichtiges zu sagen hätte. Ich nehme seitdem jedes Fachbuch wie ein Vexierschloß in die Hand; es ist sehr spannend, herauszufinden, ob ich es aufringe. Wenn es mir gelingt, tue ich ungehakte Blicke in neue Welten. Für mich sind Fachbücher daher viel fesslender als Romane und Reiseerzählungen, außerdem ersparen sie mir viel Geld und Zeit. Einer bestimmten Bibliographie zum Beispiel verdanke ich es, daß ich zwei Semester früher promovierte, als vorauszu denken war, und einem bestimmten Werk über Dachkonstruktionen, daß ich nun alle die Dachschäden nicht mehr habe, die mir die Fachleute ohne dieses Buch seit Jahren nicht beheben konnten. Jede Hausfrau, und mag sie noch so bewandert sein in der Küche, benutzt und studiert Koehlbücher und wird nicht müde, dieses ihr Fachgebiet in Büchern und Zeitschriften fortlaufend zu verfolgen. Sollen die Fachmänner sich von den Fachfrauen beschämen lassen?

